



Demokratische Einstellungen und Wahlverhalten

Eine repräsentative Analyse von Einstellungen und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund¹ und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern

Viola Neu

- Ausländerinnen und Ausländer sind mit der Demokratie in Deutschland am zufriedensten.
- In der Bewertung fundamentaler demokratischer Rechte und Werte gibt es kaum Unterschiede zwischen Deutschen, Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern. Allerdings zeigt sich bei Ausländerinnen und Ausländern sowie Muslimen, dass die positive Haltung zur Meinungs- und Glaubensfreiheit ihre Grenze beim Schutz des eigenen Glaubens gegenüber Beleidigung findet. Es scheint sich damit ein Konflikt zwischen dem Verständnis der allgemeinen Meinungsfreiheit und der spezifischen Auslegung der Meinungsfreiheit in Bezug auf die wahrgenommene Beleidigung des eigenen Glaubens zu ergeben.
- Das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund folgte über einen sehr langen Zeitraum einem festen Muster. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler votierten überdurchschnittlich häufig für die Unionsparteien, Türkischstämmige für die Sozialdemokraten. In unserer Umfrage zeigt sich, dass diese Gruppen mittlerweile über eine hohe parteipolitische Mobilität verfügen. In der Wahlabsicht hat die Union bei türkischstämmigen Wahlberechtigten von 2015 bis 2019 ihren Anteil deutlich erhöht.

Inhaltsverzeichnis

Demokratiezufriedenheit	2
Bedeutung demokratischer Prinzipien	4
Wahlverhalten	13
Impressum	19

Demokratiezufriedenheit

Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass bei den Deutschen das Vertrauen in Institutionen² hoch ist und zum Teil auch höher als vor der Krise. Da die hier vorgestellten Daten im letzten Jahr erhoben wurden, können individuelle Veränderungen in den grundlegenden Einstellungen zur Demokratie zwar nicht ausgeschlossen werden, doch werden diese für nicht wahrscheinlich gehalten.

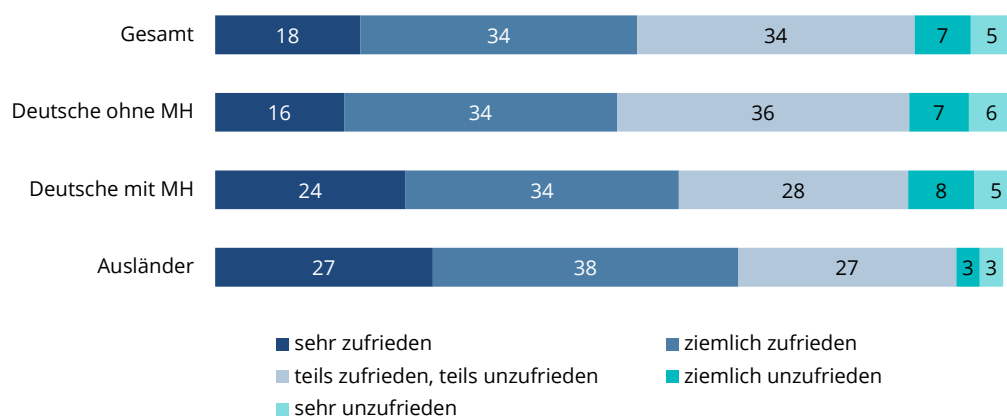
Die große Mehrheit³ der in Deutschland lebenden Menschen ist mit der Demokratie⁴ zufrieden. Dabei fällt auf, dass Ausländerinnen und Ausländer die höchste Zufriedenheit mit der Demokratie aufweisen, gefolgt von Deutschen mit Migrationshintergrund. Die Deutschen ohne Migrationshintergrund sind etwas skeptischer. Eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie ist kaum auszumachen. Nimmt man die Nennungen derjenigen hinzu, die teils zufrieden und teils unzufrieden sind, so bleibt nur eine sehr kleine Minderheit in allen drei Gruppen, die mit der Demokratie ziemlich oder sehr unzufrieden ist. Insgesamt sind nur 5 Prozent aller Befragten mit der Demokratie sehr unzufrieden.

Demokratie-
zufriedenheit vor
Corona-Pandemie
hoch

Abbildung 1:*

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

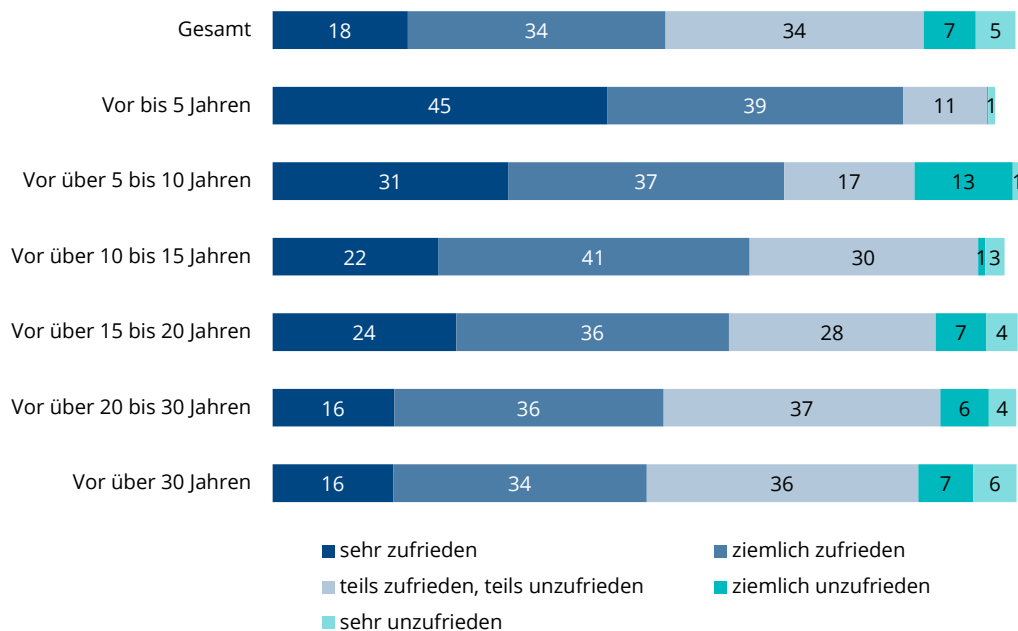
* Rundungsbedingt ergeben die Werte in den Grafiken manchmal mehr oder weniger als 100 Prozent. Dies gilt für alle Grafiken dieser Publikation.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Migranten ist umso größer, je kürzer sie in Deutschland leben. So sind 45 Prozent derjenigen, die in den letzten fünf Jahren nach Deutschland zogen, sehr zufrieden mit der Demokratie. Bei denen, die schon vor über 30 Jahren nach Deutschland kamen, beträgt der Referenzwert 16 Prozent. Es könnte sein, dass sich dahinter Gewöhnungseffekte verbergen. Entscheidend ist hingegen, dass es keine signifikante Zunahme der Unzufriedenheit gibt, sondern eine Zunahme der teils/teils Bewertungen stattfindet.

Abbildung 2:

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten

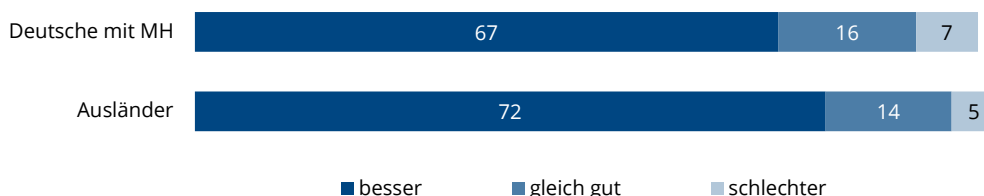
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Auch im Vergleich zum eigenen Herkunftsland oder dem Herkunftsland des Vaters oder der Mutter schneidet Deutschland gut ab. Bei Deutschen mit Migrationshintergrund bewerten 67 Prozent das politische System in Deutschland besser als im Herkunftsland, von den Ausländerinnen und Ausländern sagen dies 72 Prozent.

Abbildung 3:

Ist das politische System in Deutschland besser, gleich gut oder schlechter als das in Ihrem Herkunftsland/im Herkunftsland Ihrer Mutter/im Herkunftsland Ihres Vaters?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten mit Migrationshintergrund oder Migrationserfahrung

(DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

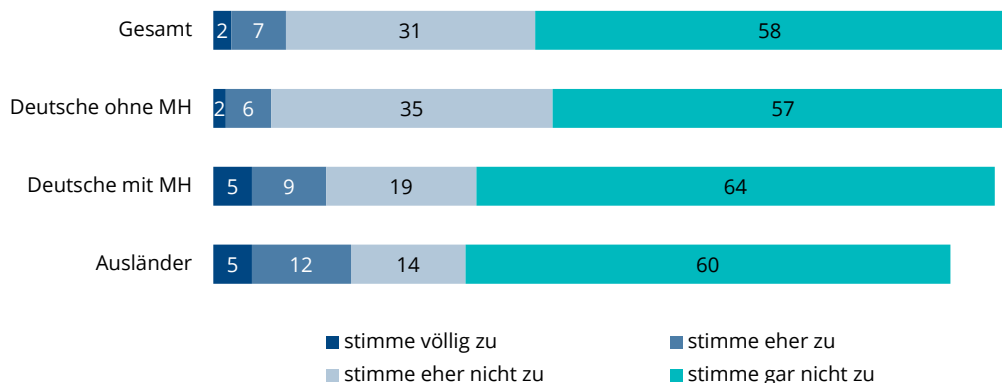
Bedeutung demokratischer Prinzipien

Gleichermaßen haben wir danach gefragt, ob das demokratische Prinzip der grundsätzlich gewaltfreien Konfliktaustragung akzeptiert wird. Hier ist nur eine absolute Minderheit von 9 Prozent der Ansicht (stimme völlig zu, stimme eher zu), dass Konflikte mit Gewalt in der demokratischen Gesellschaft ausgetragen werden müssten. Gegenüber der Befragung in den gleichen Zielgruppen von 2015⁵ sind nur geringe Abweichungen sichtbar. 2015 lag der Anteil an Zustimmung zur Gewalt bei 6 Prozent. Auch innerhalb der unterschiedlichen Gruppen hat sich kaum etwas verändert. Am stärksten fällt die Zustimmung bei russischstämmigen Ausländerinnen und Ausländern aus, von denen 21 Prozent der Ansicht sind, dass Konflikte auch mit Gewalt ausgetragen werden können.

Abbildung 4:

Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

In einigen für die Demokratie konstituierenden Regelungen gibt es in den untersuchten Gruppen zum Teil großen Konsens, aber auch durchaus unterschiedliche Schwerpunkte. Bei den fundamentalen demokratischen Werten gibt es sehr große Zustimmung. Daher werden hier nur die Werte „sehr wichtig“ beschrieben, da sich hier geringe Unterschiede finden.

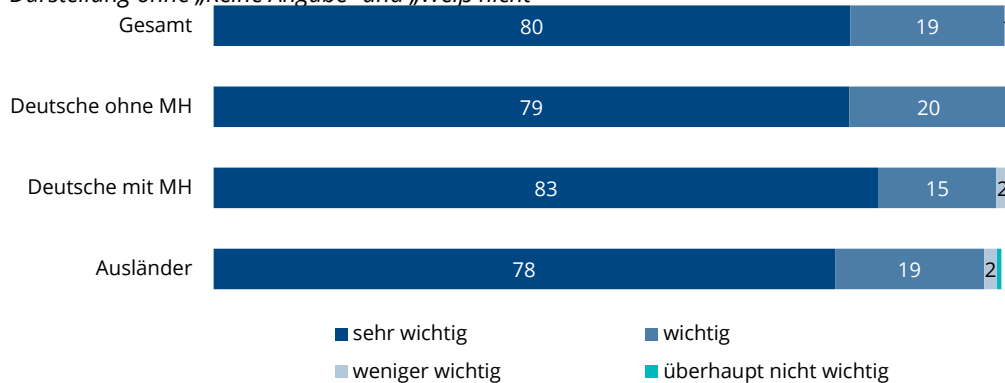
Bei den fundamentalen demokratischen Werten gibt es einen großen Konsens.

Einigkeit besteht in der Auffassung, dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleisten soll. Gut drei Viertel der Befragten sagen, dass dieses Grundrecht sehr wichtig sei. Zwischen den Gruppen sind die Unterschiede nur schwach ausgeprägt. Bei der Frage, ob dies in Deutschland realisiert sei, stimmt die Mehrheit der Befragten zu. Auch hier liegt das Niveau bei gut drei Viertel, was auch etwa dem Wert in den unterschiedlichen Gruppen entspricht.

Abbildung 5:

Wie wichtig ist Ihnen, dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

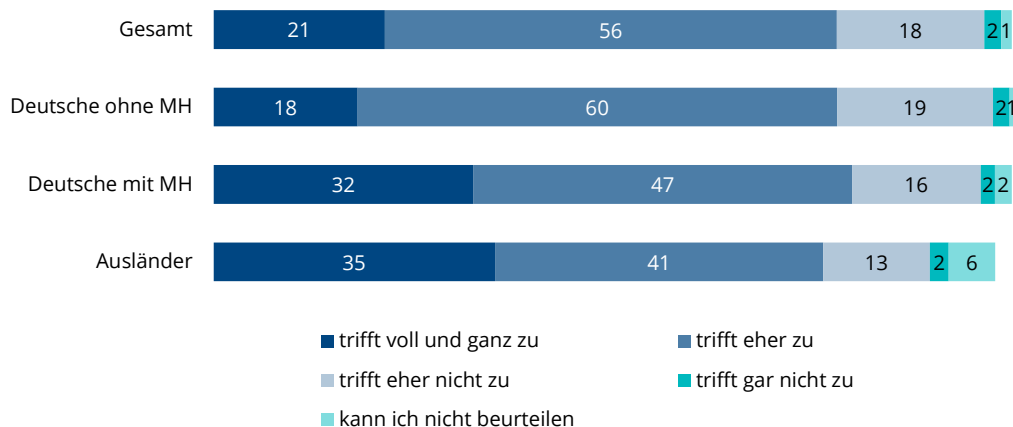
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abbildung 6:

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.

Der Staat gewährleistet eine möglichst umfassende soziale Absicherung.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

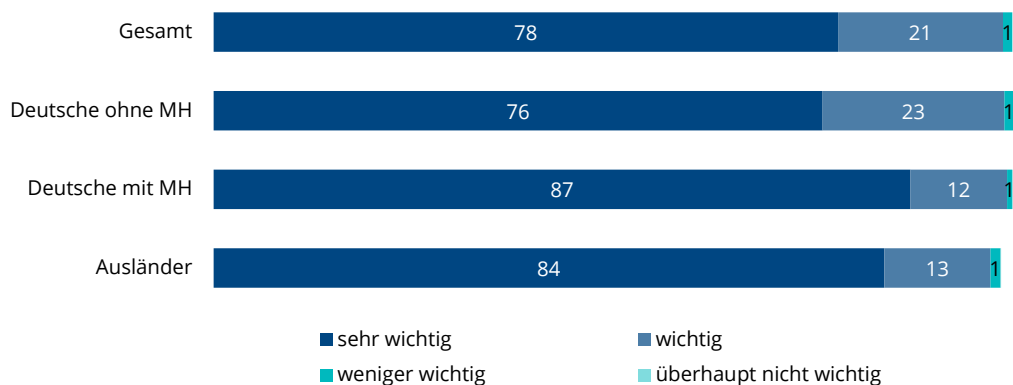
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Chancengleichheit bei der schulischen Bildung ist für Deutsche ohne Migrationshintergrund (76 Prozent) zwar sehr wichtig, doch gerade für Deutsche mit Migrationshintergrund (87 Prozent) und für Ausländerinnen und Ausländer (84 Prozent) ist Chancengerechtigkeit von besonders hoher Bedeutung. Bei der Frage nach der Chancengleichheit bei der schulischen Ausbildung entscheidet sich die große Mehrheit der Befragten von 84 Prozent dafür, dass dies zutrifft (trifft voll und ganz zu und trifft eher zu). Auch hier finden sich nur Minderheiten, die Zweifel zeigen, dass Chancengleichheit in Deutschland realisiert ist.

Abbildung 7:

Wie wichtig ist Ihnen, dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

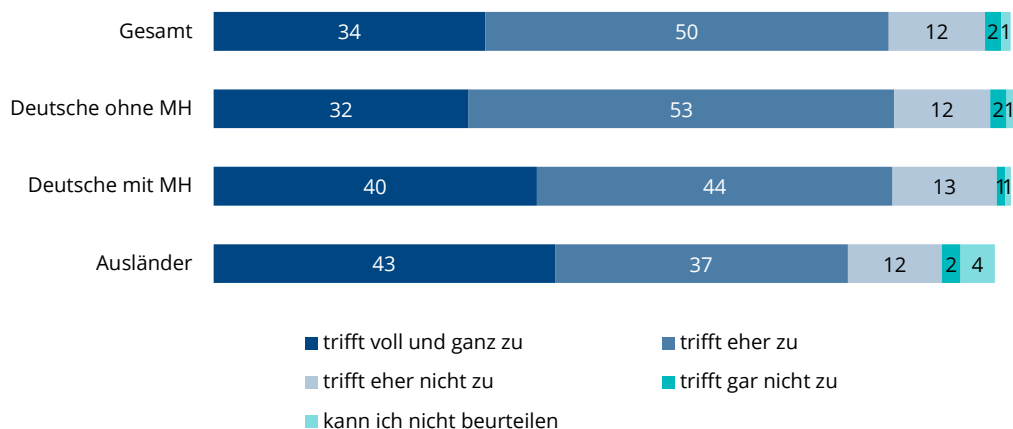
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abbildung 8:

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.

Alle Menschen haben die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Meinungsfreiheit genießt ebenfalls einen sehr hohen Stellenwert. Hier sind jeweils etwa drei Viertel der Ansicht, dies sei für sie sehr wichtig. Weitere 24 Prozent bezeichnen die Meinungsfreiheit als wichtig. Doch gibt es hier zum Teil erhebliche Unterschiede in den unterschiedlichen Teilgruppen.⁶ Für die türkischstämmigen Befragten ist dies zu 90 Prozent sehr wichtig, bei den russischstämmigen Befragten benennen dies lediglich 58 Prozent. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist zudem der Ansicht, dass jeder seine Meinung frei äußern kann. Etwa drei Viertel aller in Deutschland lebenden Menschen teilen diese Ansicht.

Abbildung 9:

Wie wichtig ist Ihnen, dass jeder seine Meinung frei äußern kann?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



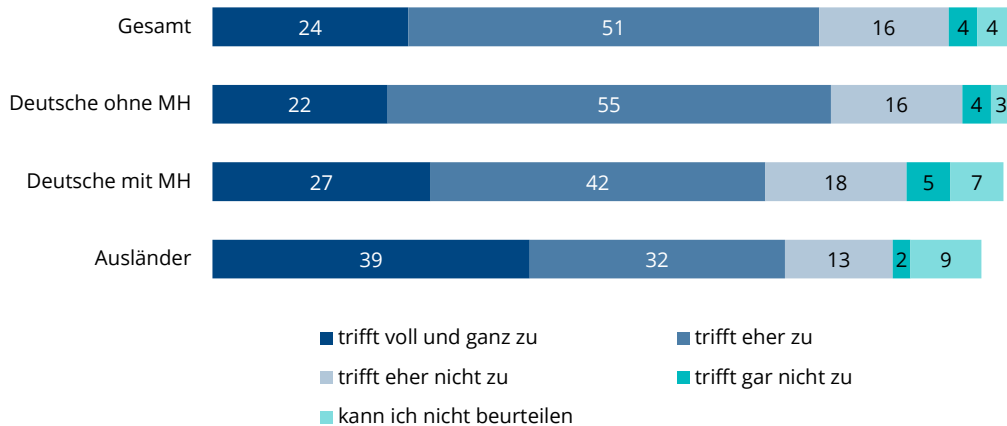
Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abbildung 10:

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.
Jeder kann seine Meinung frei äußern.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

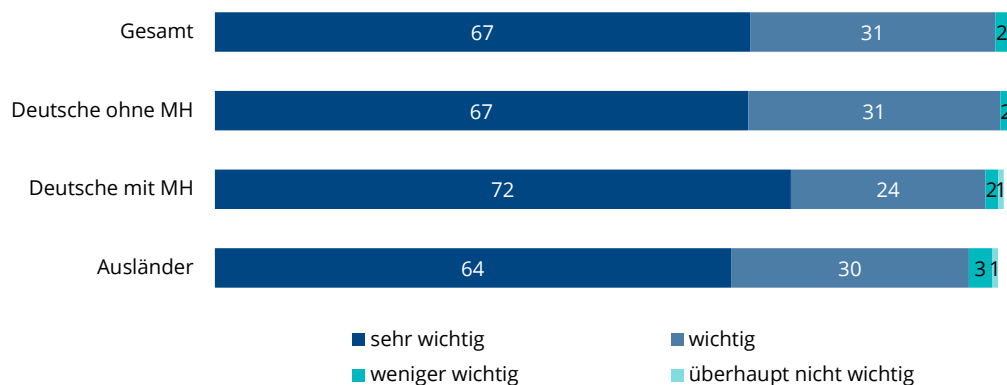
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Glaubensfreiheit wird von ca. zwei Drittel bis knapp drei Viertel der Befragten sehr geschätzt. Auch hier zeigen sich in den unterschiedlichen Gruppen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Wie bei anderen Fragen auch, sind Russischstämmige etwas zurückhaltender in ihrer Zustimmung. Von den Russischstämmigen sagen 53 Prozent, dass es ihnen sehr wichtig sei, dass jeder glauben kann, woran er möchte.

Abbildung 11:

Wie wichtig ist Ihnen, dass jeder glauben kann, woran er möchte?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

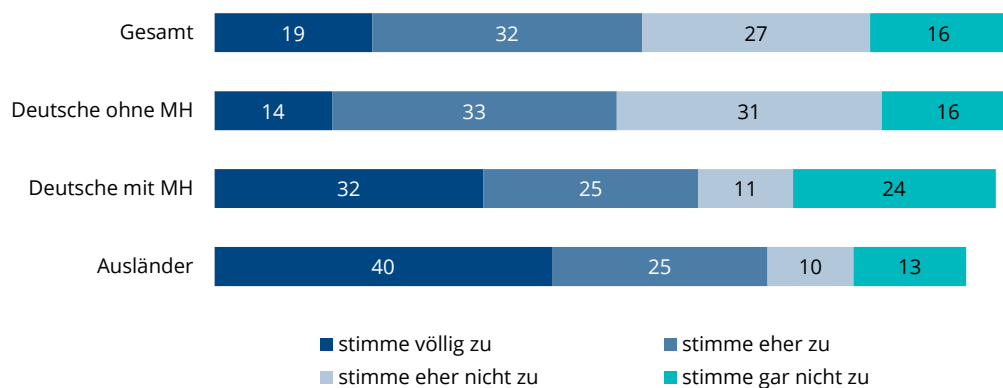
Allerdings zeigt sich bei Ausländerinnen und Ausländern sowie Musliminnen und Muslimen, dass die positive Haltung zur Meinungs- und Glaubensfreiheit ihre Grenze beim Schutz des eigenen Glaubens vor Beleidigung findet. Während insgesamt 19 Prozent aller Befragten sich dafür aussprechen, dass der Staat den eigenen Glauben besser vor Beleidigung schützen sollte, sind es bei den Ausländerinnen und Ausländern 40 Prozent und bei den Befragten muslimischen Glaubens 60 Prozent. Es scheint sich damit ein Konflikt zwischen dem Verständnis der allgemeinen Meinungsfreiheit und der spezifischen Auslegung der Meinungsfreiheit in Bezug auf die wahrgenommene Beleidigung des eigenen Glaubens zu ergeben.

Vor allem bei Befragten muslimischen Glaubens gibt es eine Grenze beim Schutz des eigenen Glaubens vor Beleidigung.

Abbildung 12:

Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Der Staat sollte meinen Glauben besser gegen Beleidigung schützen.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“

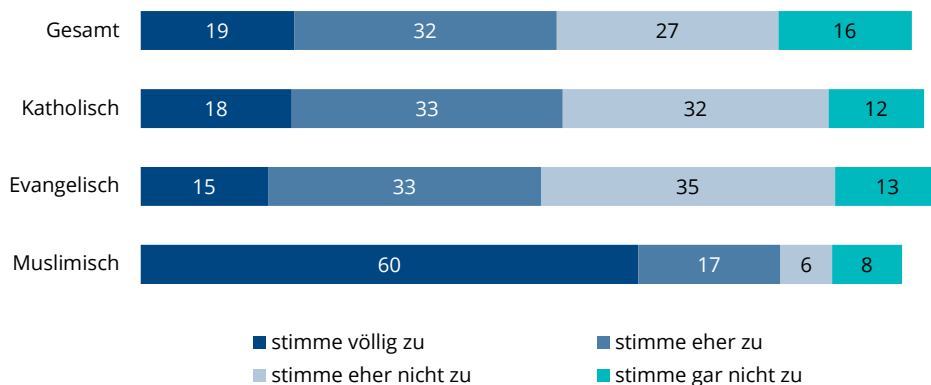


Angaben in Prozent, Basis: Alle Befragten, (DoMH n=1001; DMH: n=1001; Ausländer n=1001)
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abbildung 13:

Sagen Sie mir bitte jeweils, wie stark Sie diesen Aussagen persönlich zustimmen. Der Staat sollte meinen Glauben besser gegen Beleidigung schützen.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



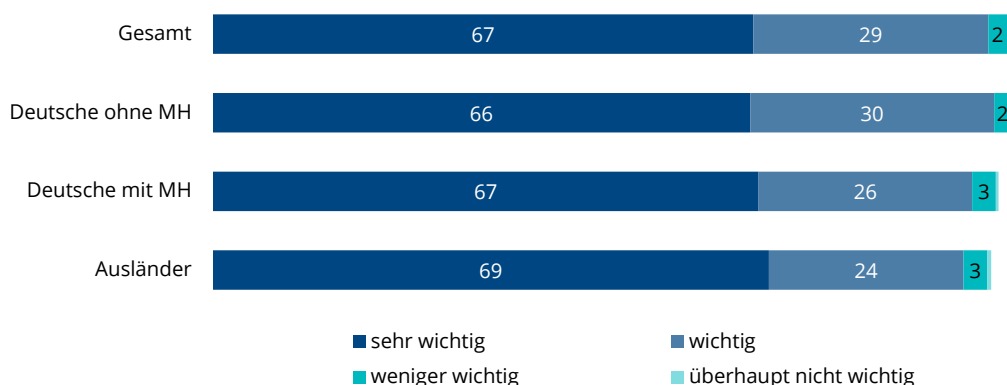
Angaben in Prozent, Basis: Alle Befragten, (Katholisch n=708; Evangelisch n=579; Muslimisch n=495)
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

So gut wie keine Unterschiede zeigen sich in der Zustimmung zur Presse- und Forschungsfreiheit. Hier sind ca. zwei Drittel der Meinung, dies sei für sie sehr wichtig. Sowohl Polnischstämmige als auch Russischstämmige bewerten dieses demokratische Grundrecht als weniger wichtig. Hier sagt etwa gut die Hälfte, dass Presse- und Forschungsfreiheit für sie sehr wichtig seien.

Abbildung 14:

Wie wichtig ist Ihnen, dass die Presse und die Forschung frei sind?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

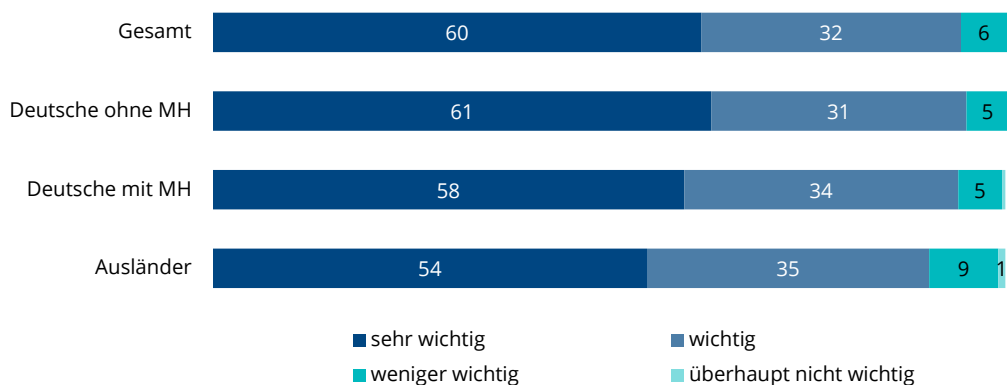
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Das Demonstrationsrecht wird in allen untersuchten Gruppen ebenfalls für sehr wichtig gehalten. Unterschiede sind minimal. Abermals wird die Bedeutung eines demokratischen Grundrechts bei Russischstämmigen etwas zurückhaltender bewertet. Dass es für sie sehr wichtig ist, dass man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren, sagen 38 Prozent der Russischstämmigen.

Abbildung 15:

Wie wichtig ist Ihnen, dass man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

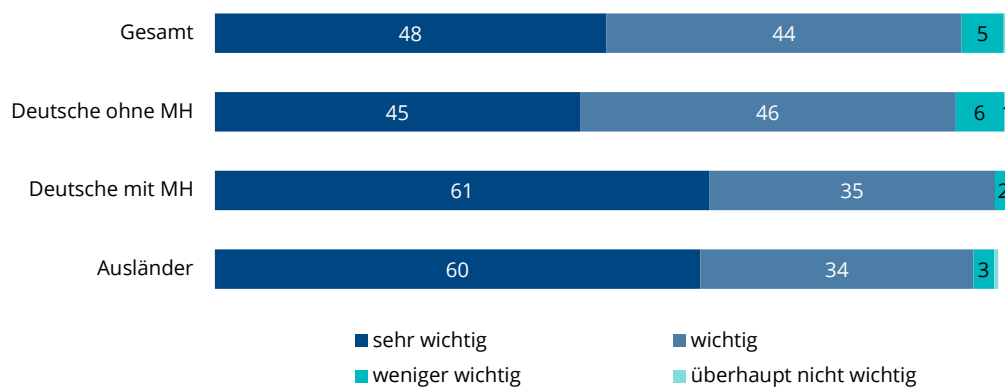
Große Unterschiede zeigen sich lediglich bei einer Fragestellung: der sozialen Absicherung. 45 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund ist es wichtig, dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund (61 Prozent) und den Ausländerinnen und Ausländern (60 Prozent) ist die soziale Absicherung von deutlich höherer Bedeutung, allerdings unter dem Niveau der anderen Freiheits- und Chancengleichheitsrechte. Vor allem Türkischstämmigen ist dies zu 75 Prozent überdurchschnittlich wichtig.

Deutschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern ist die soziale Absicherung überdurchschnittlich wichtig.

Abbildung 16:

Wie wichtig ist Ihnen, dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

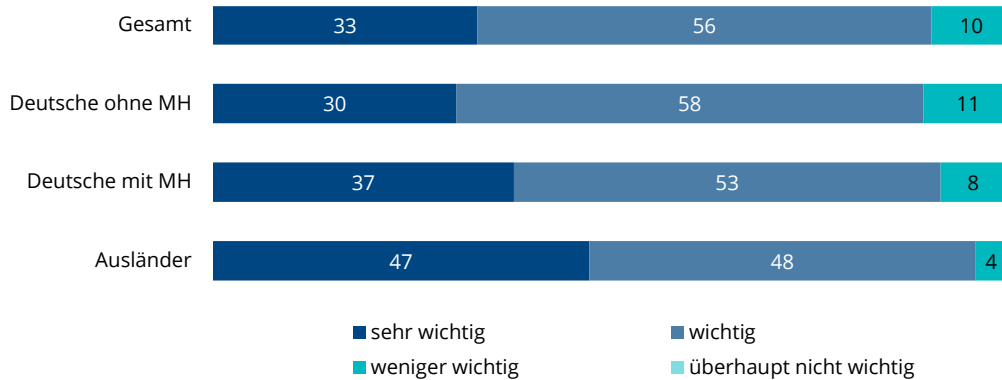
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Gleichbehandlung vor dem Gesetz ist vor allem für Ausländerinnen und Ausländer wichtig. Hier stimmen 47 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer mit „sehr wichtig“ zu, bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund sind es 30 Prozent. Gleichmaßen haben wir gefragt, ob es auch zutrifft, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichbehandelt werden. Hier zeigt sich bei etwa einem Drittel aller Befragten Skepsis. Am geringsten fällt die Skepsis bei Ausländerinnen und Ausländern aus.

Abbildung 17:

Wie wichtig ist Ihnen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden?

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

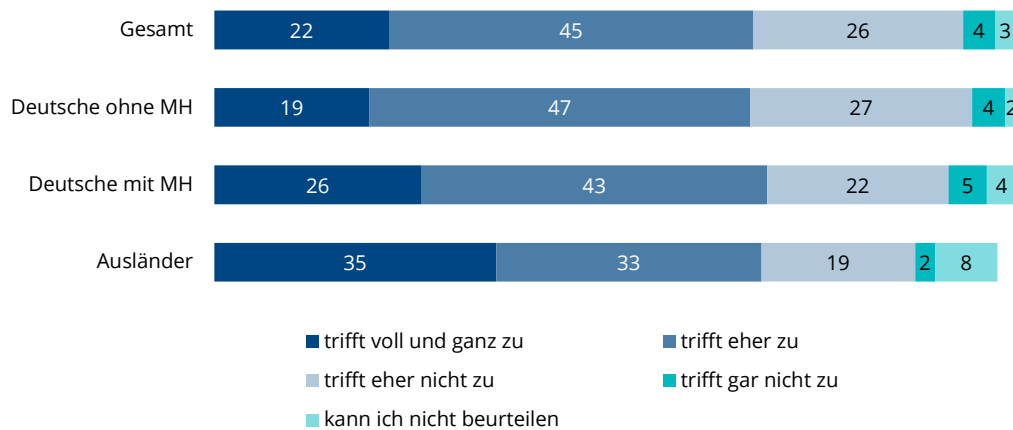
Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abbildung 18:

Bitte sagen Sie mir nun, wie sehr die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach auf Deutschland zutreffen.

Alle Menschen werden vor dem Gesetz gleich behandelt.

Darstellung ohne „Keine Angabe“ und „Weiß nicht“



Angaben in Prozent, Basis: alle Befragten (DoMH n=1.001; DMH n=1.001; Ausländer n=1.001)

Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wahlverhalten

Das Wahlverhalten⁷ von Menschen mit Migrationshintergrund folgte über einen sehr langen Zeitraum einem festen Muster. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler votierten überdurchschnittlich häufig für die Unionsparteien und Türkischstämmige für die Sozialdemokraten. In den letzten Jahren mehren sich Hinweise⁸, dass diese feste Anbindung brüchig geworden ist. In unserer Umfrage zeigt sich, dass diese Gruppen mittlerweile über eine hohe parteipolitische Mobilität verfügen ebenso wie bei den Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund. Dabei wechseln die Türkischstämmigen nicht nur innerhalb des linken parteipolitischen Lagers, sondern über die Lagergrenzen hinweg. Dies könnte als ein Normalisierungsprozess interpretiert werden. Dass die hier dargestellten Befunde lediglich die Mobilität beschreiben und keinen statischen Zustand, liegt auf der Hand.

Bereits Anfang 2015 haben wir die gleichen Zielgruppen nach ihrem Wahlverhalten bzw. die Ausländerinnen und Ausländer nach ihrem potentiellen Wahlverhalten gefragt. Zwischen 2015 und 2018/2019 zeigen sich erhebliche Verschiebungen in den Anhängerschaften der Parteien. Ob dies heute noch so wäre, ist schwer abzuschätzen, da sich das politische Stimmungsbild während der Corona-Pandemie erheblich verändert hat. Die Union profitiert, sichtbar ab April 2020, in der politischen Stimmung und erreicht Werte von ca. 40 Prozent. FDP und AfD verzeichnen Verluste, die Grünen büßen auf hohem Niveau Unterstützung ein und bei SPD und Linker ist kein Trend erkennbar.

Vergleicht man die Umfragedaten von 2015 und 2019 miteinander, verliert die SPD in fast allen untersuchten Gruppen. Bei den Deutschen⁹ ohne Migrationshintergrund ist der Rückgang moderat. Die Zustimmung sinkt von 25 auf 18 Prozent. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund erhält die SPD 2019 15 Prozent (2015: 32 Prozent). Und auch bei Ausländerinnen und Ausländern verringert sich die potentielle Wahl der SPD von 41 auf 26 Prozent. Untersucht man die größten Wählergruppen mit Migrationshintergrund, setzt sich das Muster fort. Bei türkischstämmigen Wahlberechtigten sinkt die Unterstützung von 50 Prozent 2015 auf 13 Prozent 2019. Bei aus Polen stammenden Wahlberechtigten geht der Anteil von 28 auf 9 Prozent zurück. Stabil bleibt die SPD hingegen bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Dort entscheiden sich 2019 für die SPD 21 Prozent und 2015 lag der Anteil bei 20 Prozent. Einen Zuwachs kann die SPD bei aus Russland stammenden Wahlberechtigten erzielen: Dort wächst der Anteil von 20 auf 29 Prozent an.

Bei der Union zeigen sich unterschiedliche Tendenzen. Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund ist 2019 ein Rückgang gegenüber 2015 zu verzeichnen. Hier liegt die Union 2019 bei 27 Prozent; 2015 betrug der Anteil 40 Prozent. Bei Deutschen mit Migrationshintergrund bleibt sie hingegen weitgehend stabil (2019: 42 Prozent; 2015: 40 Prozent). Etwas verbessern kann die Union ihren (potentiellen) Anteil bei Ausländerinnen und Ausländern. Dort hätten 39 Prozent 2019 die Union gewählt gegenüber 34 Prozent 2015.

Allerdings gibt es innerhalb der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund erhebliche Verschiebungen. Bei Wahlberechtigten mit einem türkischen Migrationshintergrund hatte die Union fast schon traditionell wenig Rückhalt. 2015 hätten 17 Prozent die Union unterstützt. Das hat sich 2019 drastisch geändert. 53 Prozent aus dieser Gruppe hätten 2019 die Union gewählt. Geringfügig angestiegen ist der Anteil bei aus Polen stammenden Wahlberechtigten (von 51 auf 57 Prozent). Bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und aus Russland kommenden Wahlberechtigten hat die Union hingegen deutlich an Unterstützung verloren. Bei russischstämmigen Wahlberechtigten geht der Anteil von 56 Prozent 2015 auf 29 Prozent 2019 zurück, bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern von 55 Prozent auf 47 Prozent.

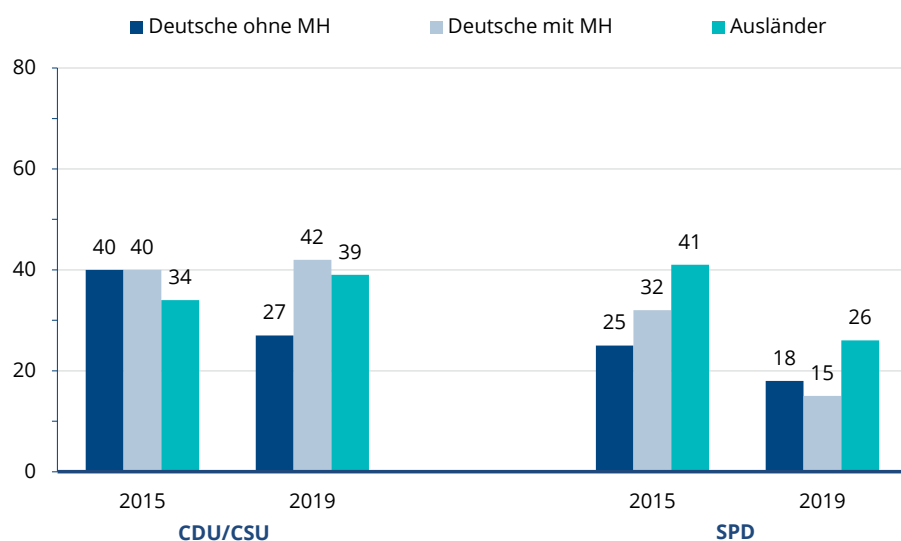
Das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund wird volatiler.

CDU gewinnt erheblich bei türkischstämmigen Wahlberechtigten hinzu. Die SPD verliert bei türkischstämmigen Wahlberechtigten.

Bei den anderen Parteien ergeben sich ebenfalls einige deutliche Verschiebungen. Die Linke verliert in der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die Grünen können bei polnischstämmigen Deutschen Zustimmung gewinnen. Besonders stark sind die Veränderungen bei der AfD. Sie kann in der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ihren Anteil von 3 auf 16 Prozent steigern. Bei russischstämmigen Wahlberechtigten wächst sie von 2 auf 29 Prozent.

Abbildung 19:

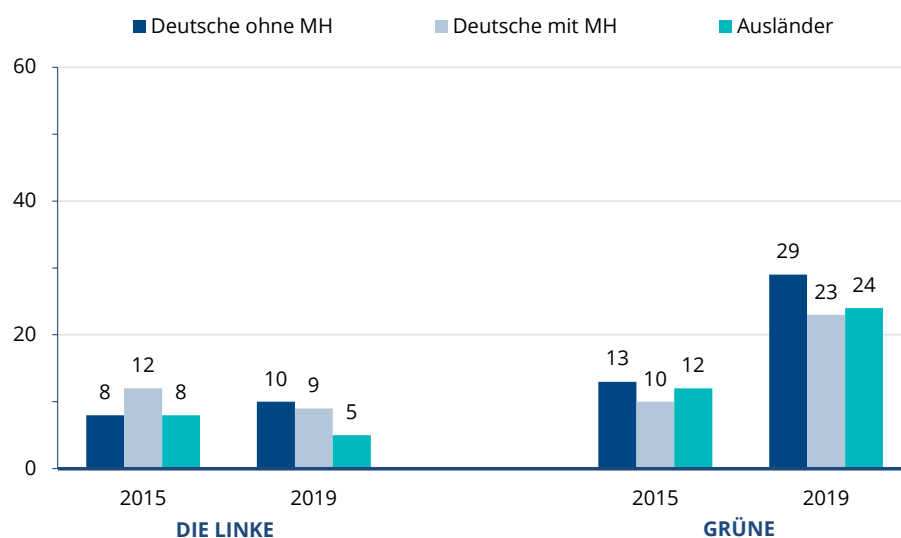
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Abbildung 20:

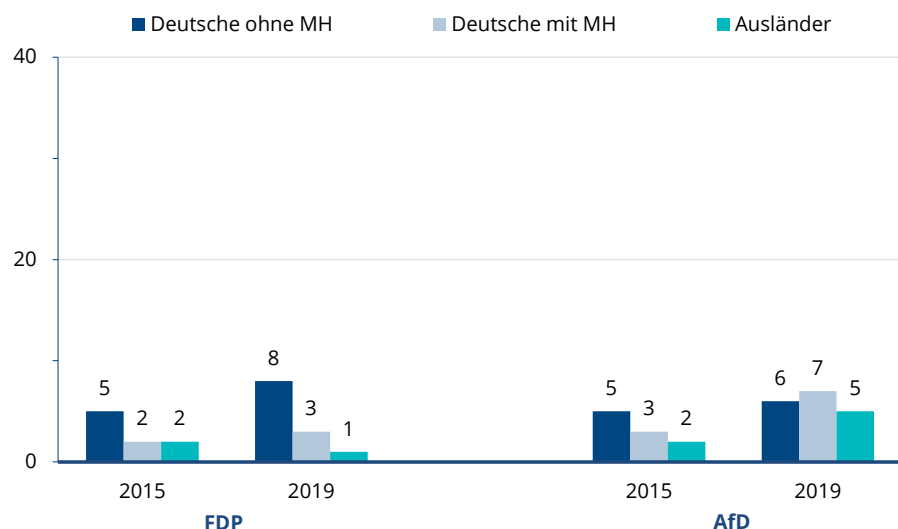
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Abbildung 21:

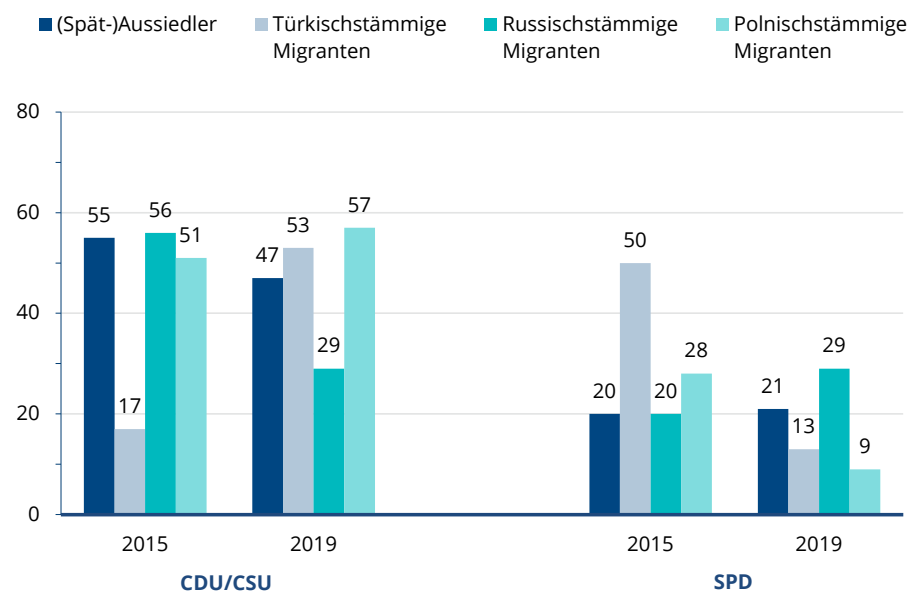
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Abbildung 22:

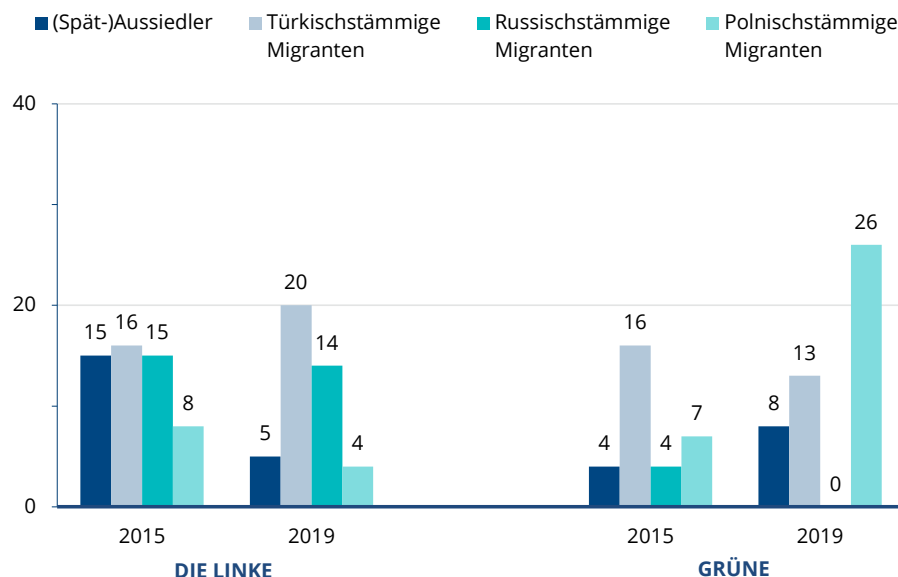
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Abbildung 23:

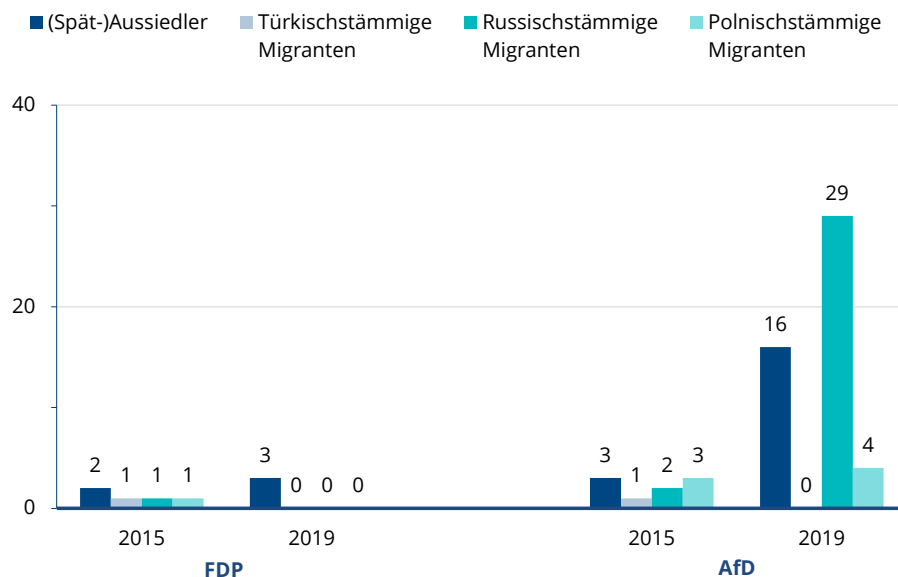
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Abbildung 24:

Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre und Sie wahlberechtigt wären, welche Partei würden Sie dann wählen? (Zweitstimme)



Quelle: Umfrage 2019-00 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Angaben in Prozent.

Wechselt man die Perspektive wieder auf alle Befragten, die wahlberechtigt sind, stellt sich die Frage nach einer potentiellen Wahlteilnahme. Die Wahlbereitschaft in den hier untersuchten Gruppen variiert 2019 nur geringfügig. Insgesamt haben von allen Befragten 7 Prozent gesagt, sie würden nicht zur Wahl¹⁰ gehen. Unterschiede zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund sind minimal. Bei den türkischstämmigen Wahlberechtigten ist der Referenzwert 5 Prozent, bei den Russischstämmigen 6 Prozent und bei den Polnischstämmigen 10 Prozent. In einem Wert unterscheiden sich die Russischstämmigen jedoch deutlich von den anderen Gruppen. 36 Prozent wissen nicht, wen sie wählen würden. Insgesamt weichen 21 Prozent der Befragten auf diese Antwortkategorie aus. Bei den aus der Türkei stammenden Wahlberechtigten sind es 23 Prozent und bei den Polnischstämmigen sind es 13 Prozent.

-
- 1 „Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.“
Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen:
 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer;
 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte;
 3. (Spät-)Aussiedlerin und (Spät-)Aussiedler;
 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.In Bezug auf den Aufenthaltsstatus umfasst die Definition unterschiedliche Gruppen. Der hier vorliegenden Untersuchung liegt nicht nur der Migrationshintergrund zugrunde. Maßgeblich ist die Frage ob ein Befragter wahlberechtigt ist oder nicht. Vgl. https://www.bamf.de/DE/Service/ServiceCenter/Glossar/_functions/glossar.html?nn=282918&cms_lv3=294952&cms_lv2=282966 [Abruf am 20.10.2020].
 - 2 Im Krisenbarometer der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden vom 30.03. bis zum 04.07.2020 insgesamt 4.228 Interviews realisiert. Jede Woche wurden ca. 300 Wahlberechtigte telefonisch befragt. Dabei wurde jede Woche eine neue Stichprobe gezogen, sodass nicht die gleichen Zielpersonen befragt wurden (kein Panel). Die Befragung fand jedoch nicht an einem Tag statt. Jeden Tag (außer an Sonn- und Feiertagen) wurden ca. 50 Interviews geführt, sodass die Krise in „Echtzeit“ beobachtet wurde. Vgl. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/krisenbarometer-der-konrad-adenauer-stiftung> [Abruf am 20.10.2020].
 - 3 In der Zeit vom 15.10.2018 bis zum 28.02.2019 wurden von USUMA insgesamt 3.003 Interviews durchgeführt. Die Umfrage ist repräsentativ für Deutschland und die Untergruppen: 1.001 Interviews wurden bei Deutschen ohne Migrationshintergrund, 1.001 bei Deutschen mit Migrationshintergrund und 1.001 bei in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern geführt. Von den realisierten Interviews fanden 56 Prozent im Festnetz und 44 Prozent bei einem Mobilfunkanschluss statt (Dual Frame). Bei Ausländerinnen und Ausländern ist die Erreichbarkeit über Mobilfunk deutlich besser. Hier wurden 55 Prozent der Interviews mit einem Mobilfunkanschluss geführt. Die Stichprobe ist eine Zufallsstichprobe und repräsentativ für die in Deutschland lebende Bevölkerung ab 18 Jahren.
Bereits 2015 wurde mit dem gleichen Stichprobendesign eine Umfrage durchgeführt. Weitere Hinweise auf das methodische Vorgehen sind dort dokumentiert. Vgl. Sabine Pokorny, 2016: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Forum Empirische Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin/Berlin, S. 93 ff.
 - 4 Vgl. Viola Neu, 2019: Niemand möchte die Demokratie abschaffen, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Analysen und Argumente 351/Juni 2019, Berlin, <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/niemand-moechte-die-demokratie-abschaffen-einstellungen-zu-demokratie-sozialstaat-und-institutionen> [Abruf am 20.10.2020].
 - 5 Vom 08.01 bis 18.04.2015 hat die USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 3.034 Interviews geführt. Davon entfielen 1.021 Interviews auf Deutsche ohne Migrationshintergrund, 1.004 Interviews wurden mit Migranten geführt und 1.009 Interviews kamen mit in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern zustande. Nach dem Dual-Frame-Ansatz wurden 60 Prozent der Bruttostichprobe über Festnetz ausgewählt, die übrigen 40 Prozent über Mobilfunk. Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren.
 - 6 In dieser Analyse werden Spätaussiedler nicht gesondert betrachtet. Daher befinden sich Spätaussiedler in der Gruppe der russisch- und polnischstämmigen Befragten (und wenige Fälle sind auch in der Gruppe der türkischstämmigen Befragten). Es kommt daher zu geringen Abweichungen zu anderen Analysen. Vgl. Sabine Pokorny/ Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, 2020: Was eint die Einwanderungsgesellschaft? Einstellungen, Glaube und Wertorientierungen von Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Berlin, (im Erscheinen).
 - 7 Andreas M. Wüst, 2002: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen.
 - 8 Vgl. Andreas M. Wüst, Thorsten Faas, 2018: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14347.pdf>, S. 18, [Abruf am 24.11.2020].
 - 9 Ausgewiesen sind nur Befragte, die eine Wahlabsicht geäußert haben und die wahlberechtigt sind.
 - 10 In Umfragen liegt der Anteil derjenigen, die angeben, nicht zur Wahl zu gehen, immer weit unter dem tatsächlichen Nichtwähleranteil bei Wahlen.

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Analyse und Beratung und Leiterin der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung

Leiterin Wahl- und Sozialforschung

Analyse und Beratung

T: +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-844-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© Carola Vahldiek, stock.adobe.com; InstagramFOTOGRAFIN, Pixabay